

Beschluss Nr. 160/2024

Schwyz, 5. März 2024 / jh

Postulat P 15/23: Sind die Bildungseinrichtungen im Kanton Schwyz auf der Ebene der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II politisch neutral?

Beantwortung

1. Wortlaut des Postulats

Am 8. September 2023 hat Kantonsrat Jan Stocker folgendes Postulat eingereicht:

«Ich ersuche den Regierungsrat, eine repräsentative und nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführte Befragung von Schülern sowie Lehrpersonen zur Einhaltung der politischen Neutralität an den Schwyzer Schulen der Sekundarstufe I und II durchzuführen. Gestützt darauf soll der Regierungsrat, bei Bedarf geeignete Massnahmen zur Sicherstellung der politischen Neutralität ergreifen.»

Begründung:

- *Staatliche Bildungseinrichtungen sollen politisch neutral sein.*
- *Das Department Bildung, Kultur und Sport von Aargau hat eine Studie zur politischen Neutralität an den Aargauer Mittelschulen in Auftrag gegeben. Die Studie* wurde von der SOTOMO (Mai 2023) durchgeführt und zeigt interessante, aber bedenkliche Erkenntnisse. Auf S. 59 der Studie befinden 75% der (eher) rechts denkenden Schüler, dass sie sich durch ihre politischen Interessen benachteiligt fühlen. Dies ist eine alarmierende Zahl.*
- *Die Lehrerinnen und Lehrer sind Autoritätspersonen und haben die Aufgabe, die Schüler u.a. politisch zu bilden, ohne dabei selber Partei zu nehmen. Eine Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen ist erwünscht und gehört zum Auftrag der Lehrpersonen. Politische Bildung hat aber neutral zu erfolgen, wie es die schweizerische Bundesverfassung und das kantonale Volksschulgesetz verlangen.*

Ich bedanke mich bereits im Voraus für die Beantwortung des Postulats.»

**https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2023/05/Bericht_Mittelschule_Mai23.pdf*

2. Antwort des Regierungsrates

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Der Postulant beruft sich bei seiner Forderung auf eine im Kanton Aargau erstellte SOTOMO-Studie zur politischen Neutralität an den Aargauer Mittelschulen. Ihren Ursprung hatte diese Studie in einer Maturitätsarbeit aus dem Jahre 2021 an der Kantonsschule Baden, welche aufgrund einer Umfrage zum Schluss kam, dass eine beträchtliche Zahl an Schülern der Auffassung war, dass die Lerninhalte teilweise politisch links geprägt seien und dass sich einzelne Schüler nicht mehr trautes, ihre Meinung zu äussern, weil dies soziale Konsequenzen oder schlechte Noten nach sich ziehen könne. Mit einem politischen Vorstoss wurde die Aargauer Regierung in der Folge beauftragt, die erwähnte, repräsentative Studie in Auftrag zu geben.

Mittels einer Vollerhebung bei mehr als 6000 Schülern und bei rund 840 Lehrpersonen (mit Rücklaufquoten von 37.7 % bzw. 58.4 %) wurde die Wahrnehmung der politischen Neutralität und deren Umsetzung im Unterricht ganzheitlich erfragt. Es wurden die drei Dimensionen der politischen Neutralität differenziert: Erstens die der Institution, die im kantonalen Schulgesetz festgehalten ist, zweitens die der Vermittlung der Inhalte und drittens die Offenlegung der persönlichen Einstellung der Lehrpersonen. Mit verschiedenen Fragen wurde ergründet, weshalb und inwiefern die Befragten allenfalls die politische Neutralität als nicht gewährleistet beurteilten, so dass diese subjektiven Wahrnehmungen mittels statistischer Methoden eingeordnet werden konnten.

Die vom Grossen Rat des Kantons Aargau in Auftrag gegebene externe Studie wurde im Sommer 2023 präsentiert. Sie relativierte die eingangs erwähnten Befunde aus der Maturaarbeit weitgehend und kam zum Schluss, dass die politische Neutralität an den Schulen gegeben sei. Den Mittelschullehrpersonen wurde zudem attestiert, dass sie ihren Berufsauftrag professionell erfüllen und dass es ihnen in der Regel gut gelinge, eine vielseitige und ausgewogene Debattenkultur im Unterricht zu pflegen. So fühlten sich etwa von den gut 2200 an der Umfrage teilnehmenden Schülern lediglich 16 % (rund 350 Personen) an ihrer Schule (gelegentlich) benachteiligt, wobei die empfundene Benachteiligung am häufigsten auf die politische Einstellung oder die Nationalität zurückzuführen war.

Klar zu relativieren gilt es diesbezüglich auch die von Kantonsrat Jan Stocker in seinem Postulat gemachte Feststellung, dass sich 75 % der (eher) rechts denkenden Schüler durch ihre politischen Interessen benachteiligt fühlten. Bei genauer Betrachtung der Grafik, auf welche er dabei Bezug nimmt (im Anhang der Studie auf S. 60) zeigt sich nämlich, dass sich die 75 % lediglich auf eine Anzahl von insgesamt 21 Schüler bezieht. Bei der an der Befragung teilnehmenden Schülerzahl von insgesamt gut 2200 Schülern kann folglich klar nicht von einer alarmierenden Anzahl die Rede sein.

So überrascht es denn auch nicht, dass der Regierungsrat des Kantons Aargau aufgrund der Resultate und Schlussfolgerungen seitens der Studienverfasserin letztlich keinen Handlungsbedarf für eine Intervention an den Kantonsschulen sah und beim Grossen Rat erfolgreich die Abschreibung des Postulats einforderte.

Im Nachgang zum Vorstoss im Kanton Aargau wurden in verschiedenen Kantonen (z. B. ZH, TG, SG, SO, BL) vergleichbare Vorstösse eingereicht, welche analoge Studien einforderten. Letztlich verzichteten jedoch all die genannten Parlamente darauf, eigene Studien in Auftrag zu geben.

2.2 Situation im Kanton Schwyz

Aktuell liegen dem Regierungsrat keinerlei belegte Anzeichen oder Rückmeldungen vor, dass es im Bereich der Einhaltung der politischen Neutralität an den Schulen der Sekundarstufen I und II

im Kanton Schwyz Probleme gibt. Weder liegen entsprechende Rückmeldungen von Seiten der Schulleitungen bzw. deren Konferenzen vor, noch wurden je entsprechende Beschwerden direkt an das zuständige Bildungsdepartement herangetragen.

Sollten sich in Einzelfällen Jugendliche im Unterricht aufgrund der politischen Ausrichtung der Lehrperson beeinträchtigt fühlen, so können sie im Rahmen der an den Schulen etablierten Prozesse eine entsprechende Rückmeldung an die Lehrperson oder an die Schulleitung geben. Bei offensichtlichen Zuwiderhandlungen werden personalrechtliche Massnahmen ergriffen.

Die Unterrichtsinhalte werden im Kanton Schwyz in den Lehrplänen sowie in den verwendeten Lehrmitteln definiert. Eine parteipolitische Ausrichtung ist darin klar nicht erkennbar. Im Bereich der politischen Bildung geht es ausdrücklich darum, dass Lehrpersonen die Jugendlichen für politische Themen sensibilisieren. Gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen werden deshalb auch im Unterricht thematisiert, sodass den Jugendlichen eine diesbezüglich eigene Meinungsbildung ermöglicht wird.

Die Diskussionskultur in einer Klasse wird aber nicht nur durch die Lehrpersonen, sondern auch ganz zentral durch das Elternhaus und die primäre soziale Bezugsgruppe der Jugendlichen (sog. peer group), die politische Haltung der Jugendlichen selbst sowie das Klassenklima geprägt. Ausserdem können auch politische Bewegungen wie z. B. die in den letzten Jahren entstandene «Klimajugend» die Diskussionskultur in Schulzimmern beeinflussen.

2.3 Fazit / Haltung des Regierungsrates

Angesichts der geschilderten Sachlage erachtet es der Regierungsrat als nicht angezeigt, im Kanton Schwyz eine teure, flächendeckende Studie zur politischen Neutralität von Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I und II in Auftrag zu geben. Wäre doch beim betroffenen Mengengerüst von rund 9400 Schülern mit Auftragskosten in der Grössenordnung von Fr. 100 000.-- zu rechnen, denen kein reeller Gegenwert gegenübergestellt werden kann.

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, das Postulat P 15/23 nicht erheblich zu erklären.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Bildungsdepartement; Amt für Volksschulen und Sport; Amt für Berufsbildung; Amt für Mittel- und Hochschulen.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

